Thüringen schrumpft fünf Mal schneller

Thüringen wird bis 2020 so viele Menschen verlieren, wie derzeit in Erfurt und Suhl wohnen. Das geht aus den Zahlen hervor, die das Statistische Landesamt der Enquetekommission Gebietsreform vorlegte.

ERFURT – Mit einem Vortrag des Chefs des Landesamtes, Günter Krombholz, startete die von der SPD-Fraktion initiierte Enquetekommission des Landtags gestern die inhaltliche Arbeit. Laut Krombholz wird der Schrumpfungsprozess in Thüringen fünf Mal schneller als in Deutschland ablaufen. Allerdings werde es erhebliche regionale Unterschiede geben. Für die ostthüringischen Landkreise erwarten die Statistiker einen deutlich stärkeren Bevölkerungsrückgang als für Süd- oder gar Mittelthüringen. Das Altenburger Land wird demnach weitere 18,1 Prozent der Bevölkerung verlieren, der Ilmkreis etwa 7,6 Prozent.

Insgesamt setzt sich damit ein Prozess fort, der seit 1990 die neuen Bundesländer mit Ausnahme Brandenburgs nahezu gleich trifft. Krombholz zufolge schrumpfte Thüringen seit der Landesgründung bereits um rund 244 000 Einwohner. Ein Drittel des Verlustes beruhe auf Abwanderung, zwei Drittel auf dem Geburtendefizit. Die größten Bevölkerungsverluste verzeichneten die kreisfreien Städte Suhl und Gera sowie der Landkreis Altenburg. Diese waren besonders von der Abwanderung betroffen, während bei den Geburten etwa Suhl vergleichsweise gut abschnitt.

Krombholz machte deutlich, dass mit mehr als 51 Prozent vor

Christian Carius versprach, bei Anhörungen von Experten die Öffentlichkeit zuzulassen.

allem Frauen zwischen 18 und 30 Jahren abwanderten. Sie fehlen damit dem Freistaat nicht nur als Fachkräfte, sondern auch als potenzielle Mütter.

Die demographische Debatte wurde von der Opposition indes als Zeitverschwendung kritisiert. Der Abgeordnete Frank Kuschel von der Linkspartei/PDS sagte: „Die Informationen sind im Internet beim Thüringer Landesamt für Statistik abrufbar und hätten deshalb nicht nochmals in einer Enquetekommission behandelt werden müssen." Vielmehr müsse endlich über die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen diskutiert werden. Es bestehe Zeitdruck, weil viele Kommunen bereit seien, sich neu zu strukturieren. Für Kuschel hat sich der Eindruck verstärkt, dass die CDU die Kommission zeitlich blockiere, „um sie möglichst vor 2009 nicht zum Abschluss zu bringen".

Im Vorfeld der Sitzung hatte auch die SPD-Kommunalexpertin Heike Taubert eine „zügige und ergebnisorientierte Arbeit" angemahnt. „Die notwendige Analyse darf nicht als Vorwand für das Verschleppen der Arbeit in der Enquetekommission verwendet werden", sagte sie. Die CDU wies dagegen die PDS-Kritik zurück. „Wir brauchen keine Reißbrett-Strategen, die mit dem roten Stift mal fix zwischen drei und fünf Regionalkreise auf eine Landkarte malen", monierte Obmann Klaus von der Krone.

Kommissionschef Christian Carius (CDU) versprach, dass bei Anhörungen von Experten die Öffentlichkeit zugelassen werde. Mehr Transparenz entsteht möglicherweise auch durch die Verabredung, dass die Fraktionsobleute künftig die Tagesordnung absprechen. Frau Doht meinte, dabei könnten auch die öffentlichen Tagesordnungspunkte bestimmt werden. (ek)